

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.80
Einzelnnummer 10 ¢
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saller (Karl Saller) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ¢, Familien-Anzeigen 12 ¢
Reklame-Seite 45 ¢, Sammelanzeigen 50%, Ausschlag
Das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5115

Nr. 286

Begründet 1827

Mittwoch, den 7. Dezember 1927

Seitensprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Vom Völkerbundrat ist nichts von Bedeutung zu berichten. Die Einzelbesprechungen werden fortgesetzt. Der polnisch-litauische Streit macht noch viel Kopfzerbrechen.

Am Donnerstag beginnen die Verhandlungen in Berlin über die Orlstozugsfrage für die Eisenbahnen. Die Verhandlungen sollen bis Sonntag, den 18. Dezember, beendet sein, damit die festgesetzten Zulagen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden können.

Mardonald wurde einstimmig zum Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei gewählt.

Wegen angeblicher Spionage wurde der schwedische Reserveleutnant Norberg beim Betreten russischen Bodens verhaftet.

Deutscher Reichstag

Ablehnung des Mißtrauensantrags

Berlin, 6. Dez. In der heutigen Sitzung des Reichstags wird die Beratung der Anfrage über die Notlage in den östlichen und westlichen Grenzgebieten fortgesetzt. Sämtliche Redner fordern Abschaffung der im Osten und Westen sich zeigenden Mängel in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung, wobei noch Oberregierungsrat Dr. Edward als Vertreter der besseren Staatsregierung besonders die Enttäuschung des Hessenlands ausspricht, in dem die Verminderung der Besetzung kaum fühlbar geworden sei. Die heftige Regierung bitte die Reichsregierung, durch vermehrte Zuweisung von Aufträgen der notleidenden heftigen Wirtschaft Beschäftigungsmöglichkeit zu geben.

Nach Schluß der Aussprache wird die Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag vorgenommen, der mit 192 gegen 229 Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt wird. Die Volkslisten und einige Wirtschaftsparteiler enthielten sich der Stimme. Für den Mißtrauensantrag haben außer Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten auch die Nationalsozialisten und der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth gestimmt. — Mit großer Mehrheit wird dann der sozialdemokratische Antrag angenommen, der die Beschleunigung der Verkehrsfragen im linksrheinischen Gebiet fordert. — Um 6.30 Uhr verläßt das Haus auf Mittwoch 3 Uhr.

Neuestes vom Tage

Die Besetzung der Pfalz

München, 6. Dez. Die Regierung will auf eine Anfrage im Landtag mit, vor dem Krieg hatte die Pfalz Garnisonen in der Gesamtstärke von 11 000 Mann. Die französische Besetzung beträgt dagegen 14 400 Mann, nach Locarno 17 400 Mann und jetzt kurzer Zeit 15 000 Mann. Es gibt etwa 500 farbige Franzosen in der Pfalz. Die Zahl der französischen Familienangehörigen hat sich nicht vermindert; 710 Wohnungen sind beschlagnahmt.

22½ Millionen Fehlbetrag im Thüringer Etat

Weimar, 6. Dez. In der heutigen Landtagsitzung erklärte Finanzminister Toelle, daß der ursprüngliche Fehlbetrag aus dem Haushaltsentwurf der Regierung sich durch Neueinstellungen von 10 Millionen Mark auf ca. 22,5 Mill. Mark erhöht habe. Für 1928 sieht der Minister schon jetzt einen Fehlbetrag von 30 Millionen voraus. Der vorliegende Haushalt sei nicht durchführbar, weil die Mittel zur Deckung des Fehlbetrags nicht zu erhalten seien. Unter solchen Verhältnissen wäre auch eine Besserung des Finanzausgleichs zwischen Thüringen und dem Reich nicht zu erwarten. Jedenfalls könne niemand für den Haushalt in der vorliegenden Form Verantwortung tragen.

Württemberg

50. Geburtstag. Prof. Paul Bonah an der Architekturabteilung der Techn. Hochschule, der Erbauer des Stuttgarter Hauptbahnhofs, begeht heute die Feier seines 50. Geburtstags.

Die Stuttgarter Erwerbslosen hat das große Gebäude Ecke Friedrich- und Fürstenstraße, in dem außer zahlreichen Läden auch das Mehlmühl untergebracht ist, käuflich erworben. Sie wird ihre Geschäftsräume dorthin verlegen.

Der Todeschläfer Lo Aha, ein Fakir, ließ sich gestern abend in der Stadthalle lebendig in einen Sarg legen und begraben. Fünf Tage, also volle 120 Stunden, wird er ohne jede Nahrung in dem Grab verbringen. Der Vorgang ist weder auf etwas Uebernatürliches noch Uebernatürliches, sondern einzig und allein auf die menschliche Willenskraft und Selbstbeeinflussung zurückzuführen.

Stuttgart, 6. Dez. Neues FD-Zugpaar Berlin-Stuttgart. Auf der Europäischen Fahrplantonferenz, die kürzlich in Prag tagte, wurde beschlossen, zwischen Berlin und Stuttgart vom 15. Mai bis 30. September nächsten Jahres ein neues FD-Zugpaar 1211 einzuführen.

Unheilvolle Krise in der Eisenindustrie

Berlin, 6. Dez. Zu der drohenden Stilllegung der deutschen Schwerindustrie wird weiter berichtet: Der Streit drehte sich um die Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927; die Industriellen waren bereit, diese Verordnung allmählich unter Anpassung an die Lage des Weltmarkts durchzuführen. Die Verordnung sieht für die Hüttenarbeiter (etwa 40 Prozent der gesamten Arbeiterschaft der Schwerindustrie) den achttündigen Arbeitstag vor. Die freien Gewerkschaften fordern den Achtstundentag für alle Arbeiter. Dadurch würde die Arbeitszeit der eisenerzeugenden Hüttenarbeiter von 57 auf 48, für die eisenerzeugenden Arbeiter von 52 auf 48 Stunden in der Woche herabgesetzt werden. Dazu solle noch der bisherige Lohn um 10 Pfg. in der Stunde erhöht werden. Bei der Hüttenindustrie würden sich dadurch die Lohnklassen um 33, bei der eisenerzeugenden Industrie um 28 v. H. steigern. Die Produktion würde sich durch Arbeitszeitkürzung und Lohnerhöhung um 9 v. H. verteuern. Nach der Erklärung der Eisenindustrie, die sich seit den letzten Jahren in schwerem Wettkampfkampf mit dem Ausland befindet, würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie bei den Forderungen der Gewerkschaften überhaupt aufhören. Dagegen sei die Industrie bereit, den Arbeitern Erleichterungen zu schaffen und die Dreischichtarbeit einzuführen, wenn die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands und die Eisenindustrie die hierdurch entstehende Mehrbelastung tragen könne. England, das sich mit seiner Kohlenindustrie in ähnlicher Lage befindet, habe die Arbeitszeit verlängert und die Löhne gekürzt. In der amerikanischen Eisenindustrie werde durchweg 54,4 Stunden gearbeitet. Das durch Krieg, Inflation und Daweslasten geschwächte Deutschland könne demgegenüber unmöglich seine Produktion in so großem Maß verteuern, ohne zu unterliegen.

Gesetzliche Maßnahmen gegen die angemeldete Stilllegung der Betriebe bestehen nicht. Die Stilllegungs-

ordnung schreibt die Einhaltung einer Frist von vier Wochen vor, die in diesem Fall von der Eisenindustrie eingehalten worden ist. Den Arbeitnehmern würde, wenn es zu keiner Verständigung kommen sollte, fristgemäß gekündigt werden, so daß sie also in den Genuss der Erwerbslosenfürsorge kommen müßten.

Die Durchführung der Stilllegung kann man sich einweilen nicht vorstellen, denn es ist ein Übel, daß eine Industrie, von der so viele andere Industrien und das Gewerbe abhängen, also eine Schlüsselindustrie, zu erliegen komme. Es würde für die deutsche Wirtschaft ein Schaden entstehen, der dem Schlag gleichkäme, den die englische Wirtschaft durch den Kohlenstreik erlitten hat. Die Konjunktur in Deutschland, deren Pulsschlag ohnedies schon wieder langsamer geht, würde völlig zusammenbrechen.

Die Reichsregierung steht vor einer verantwortungsvollen Aufgabe. Sie hat zunächst die Möglichkeit, bestimmte Gebiete als Notstandsgebiete zu erklären und für diese die Durchführung der Arbeitszeitverordnung einzustellen. Aber es würde immer ein Stachel bleiben. Das einzige Mittel ist eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Die ersten Auswirkungen

Düsseldorf, 6. Dez. Die Auswirkungen der Stilllegungsanzeige der Großindustrie zeigen sich bereits in erheblichem Ausmaß. Der Beschluß der Verbände, die Ausfuhr zugunsten der Inlandversorgung einzuschränken, wird sich nach einer Mitteilung von Arbeitgeberseite nunmehr auswirken. Auch für den Steinkohlenbergbau sind Rückwirkungen nicht zu vermeiden. Maßnahmen für die Einschränkung der Kohlenproduktion seien bereits eingetroffen. Die Zufuhr von Rohmaterialien werde vom Ausland stark abgebrochen. In erster Linie handelt es sich um Schrot- und Erglieferungen. Da im allgemeinen 14-tägige Kündigungsfristen bestehen, sollen, wenn es nach Ansicht der Industrie nötig werden sollte, die ersten Kündigungsfristen den Arbeitern Mitte der nächsten Woche zugestellt werden.

Rationalisierung bei der Reichsbahn

Berlin, 6. Dez. In einem Vortrag sprach Dr. J. Dörpmüller, Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, über „Rationalisierung bei der Reichsbahn“. Der Finanzdienst ist jetzt so eingerichtet, daß die Hauptverwaltung schon 1½ Tage nach Ablauf des betreffenden Rechnungstags die Einnahmemeldungen vorliegen habe. Durch die Gründung der Verkehrs-Kreditbank werde für eine sofortige Verzinsung des Gelds gesorgt und dem Bedürfnis Rechnung getragen, die Gelder beschleunigt in die Wirtschaft zurückzuführen. Für den inneren Betrieb stelle man monatlich eine Bilanz auf, um den Stand der flüssigen Mittel zu ersehen. Die Statistik sei so weit ausgebaut, daß eine schnelle Erfassung der Betriebsergebnisse möglich sei. Ein weiterer Ausbau sei vorgesehen. Im Beschaffungswesen sei es durch zweckmäßige Verteilung der Aufträge möglich, bessere Preise zu erzielen und eine gleichmäßige Beschäftigung der in Frage kommenden Industrien zu erreichen.

Gegenüber der Friedenszeit werden gegenwärtig 19 v. H. an Personen mehr befördert. Auf dem Gebiet der Güterbeförderung ist die Zahl der geleisteten Tonnen um 4 v. H. gestiegen. Man hat mit weniger Zügen eine höhere Leistung erzielt. Der technische Fortschritt auf dem Ge-

biet des Wagen- und Lokomotivwesens ist größer gewesen als der Verkehrszuwachs. Augenblicklich ist man damit beschäftigt, ein Güterkursbuch einzuführen, in dem ca. 200 schnellste Güterzugverbindungen zusammengestellt sind. Auf dem Gebiet des Personenverkehrs ist man mit großen Rationalisierungsarbeiten beschäftigt. Grundsätzlich dürfte man mit einer Polster- und einer Holzklasse auskommen. Die Lokomotiven haben gegen früher eine um 42 v. H. erhöhte Zugkraft, und es ist möglich, heute mit 22 000 gegen 27 000 Lokomotiven auszukommen. Die erhöhten Unterhaltungskosten der starken Lokomotiven werden durch ihre Vorteile aufgewogen. Die Ladefähigkeit des gesamten Güterwagenparks ist gegenüber der Vorkriegszeit von 8 auf ca. 11 Millionen Tonnen gestiegen; die Ausnutzung ist sehr gut. Zur Elektrifizierung der Strecken in einzelnen Ländern wies der Redner erneut auf die enormen Kosten hin (200 000 RM. pro Kilometer). Zum Schluß wandte sich der Redner nochmals dem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu und erklärte, daß man weiter forsche, den Betrieb der deutschen Reichsbahn wirtschaftlich zu gestalten.

um dadurch eine neue Tagesverbindung Berlin—Zürich und zurück zu schaffen. Die Strecke Berlin—Stuttgart wird mit diesem neuen Zug in 10 Stunden, Berlin—Zürich in 15½ Stunden zurückgelegt.

Gemeinschaft der Freunde. Bei der am 3. Dezember stattgehabten Baugeldzuteilung konnte wiederum 356 Bauparern ihr Baugeld mit über 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Unter den berücksichtigten Sparern befinden sich wieder 37 kinderreiche Familien mit bis zu 10 Kindern. Im ganzen empfangen bis jetzt 2 278 Bauparern 36,6 Millionen Mark Baugelder, die gegen von der G. d. F. unkündbare Hypothek zu 4 oder 5 Prozent Zins zusätzlich Tilgung je nach der gewählten Vertragsart gegeben wurden. Unter diesen 2 278 Bauparern befinden sich 153 kinderreiche Familien.

Tagung der Deutschen Volkspartei. Kommenden Samstag, 10. Dezember, nachmittags 5 Uhr findet im Hotel Viktoria eine Sitzung des Landesauschusses der D.V.P. in Württemberg statt. Abends 8 Uhr findet im Haus des Deutschtums eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichstagsabg. Dr. Cremer-Berlin sprechen wird.

Wiesigheim, 6. Dez. Zusammenkunft von Vertretern württ. und bad. Städte. Am kommenden Samstag findet hier im Rathaussaal unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Dr. Riehard-Wachnang eine Zusammenkunft von Vertretern württembergischer und badischer Städte statt, um über die Frage günstiger Schnellzugverbindungen zu beraten.

Besäheim, 6. Dez. Tot aufgefunden. Der 61-jährige Straßenwärt Christian Joos hier wurde gestern früh von seinem Sohn am Fuß der Treppe seiner Wohnung in der Engengasse in einer Blutlache tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er beim Nachhausekommen abends auf der Treppe von einem Herzschlag ereilt wurde und rücklings abfiel, wobei er einen Schädelbruch erlitt.

Landesparteitag des Zentrums

Stuttgart, 5. Dez. Der diesjährige Landesparteitag der württ. Zentrumsparlei begann am Samstag mit einer Sitzung des Landesvorstands der Kommunalpolitischen Vereinigung des Zentrums unter dem Vorsitz des Abg. B. d. Es wurde festgestellt, daß der Entwurf der neuen württ. Gemeindeordnung eine brauchbare Grundlage für die Neuordnung bilden kann. Am Sonntag morgen trat der Landesparteitagsauschuß im Vincenzhaus zur Beratung zusammen. Justizminister Dr. Beyerle wird dem Parteitag wieder als Parteivorsteher vorgeschlagen. Hieraus berichtete Landessekretär Reuter über die Vorbereitungen zur Landtagswahl und empfahl eine neue, den Wünschen der Wähler mehr entgegenkommende Wahlkreiseinteilung. Nach ausführlicher Debatte fand der Vorschlag Annahme. Reichstagsabgeordneter Andre berichtete über die politische Lage im Reich. Er führte u. a. aus: Deutschland werde den Kampf um seine Existenz erfolgreich bestehen, wenn die Zentrumsparlei stark und einig bleibe und die Katholiken immer mehr im Zentrum die politische Vertretung ihrer Interessen finden.

Qualitäten:
Pullover
Socken
Handschuhe
Wollgarne
Haible
empfehle
der Art:
Erzähl-
Kalender und
Spiele
Teller.
Harmonikas
ungerahmt
2035
Musikalienhandlung
der Insel
le.
ackvolle
ramischen
den
und
pfen
getroffen
aiser
n Schaukasten!

Im Kiemenzimmer des Vincenzhauses tagte zu gleicher Zeit der Landesvorstand der Windhorstbünde unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. Groß. Sekretär Stehle berichtete über die Winterarbeit in den örtlichen Bünden. — Die Vertreterversammlung fand am Montag statt.

Am Montag vormittag fand im Festsaal des Vincenzhauses der Hauptparteitag statt. Abg. Bock-Rottweil gab einen Rückblick auf die Tätigkeit des Zentrums im Landtag. Das Zentrum habe auch schon mit den jetzigen Oppositionsparteien in Koalition gestanden und vermöge daher deren Angriffe gegen die jetzige Regierungsmehrheit auf ihren richtigen Wert zurückzuführen. Die Verbindung mit Bürgerpartei und Bauernbund habe keine der Befürchtungen bestätigt, die selbst in manchen Zentrumskreisen gehegt wurden. Das staatliche und wirtschaftliche Leben in Württemberg habe in den vergangenen vier Jahren eine gedeihliche Entwicklung genommen. Welche Regierung vom neuen Landtag zu bilden sei, komme auf den Ausgang der Wahlen an. Das Zentrum als Mittelpartei sei weder nach rechts noch nach links gebunden und habe völlig freie Hand. Durchaus unrichtig sei die Behauptung der Opposition in ihren Angriffen gegen die Regierung und die Regierungsparteien, daß die Gemeinden ungerecht zum Vorteil des Staats behandelt würden. Das Verlangen, der Staat möge einen weiteren Teil der Nachbarschaftsstraßen sowie der Eiterstrecken der Staatsstraßen in Unterhaltung nehmen, sei zurzeit noch nicht durchführbar, die bevorstehende Wegeordnung sei aber allerdings nicht mehr zeitgemäß. Die Angriffe der berufständigen Organisationen von Handel, Industrie und Handwerk auf die Schullastverteilung und die Wirtschaftspolitik erklären sich daraus, daß diese Organisationen größtenteils von Angehörigen der Oppositionsparteien geführt werden. Das Gewerbefeuergefeß sei insofern abänderungsbedürftig, als nicht das Einkommen allein zum Veranlagungsmerkmal genommen werden dürfe, es müßten auch Lohnsumme und Gewerbetapital mit herangezogen werden. Regierung und Regierungsparteien haben übrigens nicht nur mit Worten eine Steuererleichterung getrieben, sondern diese Senkung auch tatsächlich durchgeführt. Die Regierung habe große verkehrspolitische Erfolge zu verzeichnen und ihre Sozialpolitik halte jeder Kritik stand. Die Frage der Verwaltungsreform müsse ohne Leidenschaft und Parteiinteresse geprüft werden. Es sei klug, wenn Württemberg in der Frage der Lehrerbildung eine abwartende Stellung einnehme.

Minister Bolz gegen den „Einheitsstaat“

Minister Bolz sprach über „Selbstständigkeit der Länder oder Einheitsstaat?“ Der sogenannte Einheitsstaat finde in der Reichsverfassung keinerlei Stütze. Die Bewegung zum Einheitsstaat werde von der Wirtschaft unterstützt, in deren Kreisen man an die Möglichkeit glaube, durch Befestigung der Länderparlamente solche Ersparnisse erzielen zu können, daß eine merkliche Steuerermäßigung dabei herauskomme. Unterstützt werde die Bewegung vom Liberalismus und Sozialismus, dem der Zentralismus gedanklich immer nahe gelegen habe. Gegenüber diesem Unitarismus vertrete das württ. Zentrum den Standpunkt eines gefunden, in den Wirtschafts- und Kulturinteressen der Länder begründeten Föderalismus. Es wolle keine Verewigung der Kleinstaaterei, sondern ein nach Stämmen und Wirtschaftsinteressen in lebensfähige Länder gegliedertes Reich mit Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen der Länder. Die Gesamtkosten aller Länderparlamente und der Länderministerien betragen nach einer Statistik des preuß. Ministerpräsidenten Braun 12,7 Millionen Mark im Jahr bei einem Gesamtaufwand der Länder von 5,4 Milliarden. Selbst wenn die Länderministerien und Länderparlamente ersparnis verschaffen würden, was keineswegs der Fall sein würde, so könnte wegen der geringfügigen Ersparnis die Steuerlast auch nicht um einen Pfennig gesenkt werden. In Württemberg mit seinen 4 Ministern und 80 Abgeordneten betragen die Auslagen für Landtag und Ministergehälter noch nicht einmal 0,7 v. H. Notwendig sei aber eine scharfe Abgrenzung der Reichs- und Länderzuständigkeit. Dadurch lasse sich überflüssige Doppelarbeit vermeiden. Der Minister verbreitete sich dann über die Möglichkeiten einer Verwaltungsvereinfachung in Reich, Land und Gemeinde.

Von der Verammlung wurden sodann Minister Beyerle zum Parteivorsitzenden und die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt, neugewählt wurden an Stelle verstorbenen oder verzoogener Mitglieder Amtsgerichtsrat Breucha-Göppinger, Studienrat Geis-Ellwangen und Buchhändlermeister Hald-Rottenburg. In der Aussprache wurde der „Einheitsstaat“ einstimmig abgelehnt. Prof. Bauer-Ludwigsburg verlangte ein Reichsgesetz, das alle Wehrverbände verbiete; dann sei auch das Reichsbanner überflüssig. In einer Entscheidung wurde mit Genehmigung anerkannt, daß der Schulgesetzentwurf der Bekennnisschulen freie Entwicklung sichere; solche sollen auch in den Simultanschulländern zugelassen werden. Es wird eine sachgemäße Reform der Lehrerbildung und Schutz der verfassungsmäßigen Beamtenrechte der Lehrer, ferner Mitwirkung der Religionsgesellschaften bei der Ordnung des Religionsunterrichts gefordert.

Aus Stadt und Land

Nagold, 7. Dezember 1927.

Religion ist Gottes Verkörperung im irdischen Dasein; aber der Mensch und die Zeiten haben die Kirchen gebaut. Aug. Mahlmann.

Vorspielabend

Morgen Donnerstag abends 8 1/4 Uhr wird Fel. Walburg Böller aus Wilbberg im Seminarfaal die Violinsonaten von

Händel in Gdur, von Mozart in Esdur und von Beethoven in Gdur op. 30 spielen.

Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der Kleinrentner und Sozialrentner

Wie im vorigen Jahr so wird auch heuer von der Ortsgruppe Nagold des Württ. Sparerbundes eine Wohltätigkeitsveranstaltung abgehalten werden, zu welcher wiederum verschiedene Nagolder Vereine, vor allem der Vereinigte Lieber- und Sängerkreis und der Arbeitergesangverein „Froh Sinn“ in dankenswerter Weise ihre Mitwirkung zugesagt haben. Außerdem wird sich das Seminar mit einer Weihnachtsschau beteiligen. Die Feier soll am Sonntag, den 18. Dezember voraussichtlich abends 5 Uhr im „Taubensaal“ stattfinden.

Die vorjährige Feier ist überaus schön verlaufen und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch in diesem Jahr alle Erwartungen und Hoffnungen der Zuhörer und Zuschauer erfüllt werden. Das finanzielle Ergebnis war im vorigen Jahr so gut, daß etwa 60 mittellosen Männern und Frauen namhafte Geschenke überreicht werden konnten. Die Freude und Dankbarkeit war in den Kreisen der Beschenkten überaus groß und herzlich. In den nächsten Tagen werden wiederum die Sammlerinnen mit ihren Listen durch die Stadt gehen. Wir bitten, sie freundlich zu empfangen und ihnen Karten für die Veranstaltung zum Preis von 1 M. (1. Platz) und 50 Pfg. (2. Platz) abzulassen und freiwillige Spenden je nach Möglichkeit und Neigung zu geben. Möge auch in diesem Jahre die Feier eine Veranstaltung werden, die alle Kreise der Bevölkerung zusammenschließt in dem einmütigen Willen, denen zu helfen, welche durch die Not der Inflationsjahre besonders hart betroffen worden sind.

Nichtfest der Kleinkinderschule

Wir machen auch an dieser Stelle nochmals auf das heute nachmittags 1/4 Uhr stattfindende Nichtfest der Kleinkinderschule aufmerksam.

Kohrdorf, 7. Dez. Besitzwechsel. Bei der gestern erfolgten Zwangsversteigerung des Gasthauses z. „Hirsch“ erstand Hans Schuh, Bierbrauer von Grömbach W. Freudenstadt (Sohn des Kronenwirts Gotilob Schuh in Waldorf) 2/3 Wohnhaus mit Feldern zu M. 11 600.—. Im freien Verkauf erwarb er 1/3 des Wohnhauses zum Preise von M. 5 500.—.

Herrenberg, 6. Dez. Versteigerung. Gestern sollten auf dem Rathaus die Gebäude des Konsumvereins versteigert werden. Das vordere Haus ist hypothekarisch belastet mit 38 000 RM., das hintere Haus mit Scheuer mit 20 500 RM. Da nur ein Angebot mit 9 000 RM. für beide Häuser gemacht wurde, wurde der Zuschlag natürlich nicht erteilt. Dem Vernehmen nach soll versucht werden, die Gebäude unter der Hand zu verkaufen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Todesfall. In Mannheim starb der älteste badische Kunstmaler Michel Koch an einem Herzschlag. Er ist 1853 in Ebingen geboren.

Der Kunstmaler Prof. Otto Prophefer ist in Karlsruhe plötzlich im 53. Lebensjahr gestorben. Er war als Porträtmaler bekannt.

Die Ueberfüllung des ärztlichen Berufs. Der Verband der Ärzte Deutschlands schreibt: Einige statistische Angaben, die man der Öffentlichkeit nicht oft genug vor Augen führen kann: vor dem Krieg gab es in Deutschland 34 000, nach dem Krieg in kleineren Deutschland über 40 000 Ärzte. Das Volksvermögen betrug vor dem Krieg 4650 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, nach dem Krieg 2419 Mark, das Volkseinkommen damals 642 Mark, heute höchstens 315 Mark. 2000 Ärzte, die ihr Studium abgeschlossen haben, werden wegen der Notverordnung der Reichsregierung heute nicht zur Praxis zugelassen. Aber die Praxis bildet heute die Grundlage jeder ärztlichen Existenz, denn 80 v. H. der ärztlichen Einnahmen kommen aus der Praxis. Deutschland ist auf mindestens 10 Jahre mit Ärzten überreichlich versorgt. Das ärztliche Durchschnittseinkommen betrug 1925 7000 bis 8000 Mark jährlich, davon gehen mindestens 30 v. H. Berufsunkosten ab. Für weibliche Ärzte liegen die Verhältnisse durchaus nicht günstiger.

Wie Pilsudski sich rächt. Nach dem Warschauer „Epreß Poranny“ sollen alle Senatoren und Sejm-Abgeordneten, die ihrer Dienstpflicht nicht oder nicht vollkommen genügt haben, in eine besondere Kompanie eines Warschauer Regiments gesteckt werden, damit sie lernen, „das Vaterland auf eine wirksame Art zu verteidigen, als sie es bisher getan haben“. — Der Diktator Pilsudski steht bekanntlich mit dem Parlament ständig auf Kriegsfuß.

Auch deutsche Wertpapiere gefährdet. Die weitere Untersuchung gegen Blumenstein hat ergeben, daß auch deutsche Wertpapiere wie z. B. Auslosungsscheine zur Anleiheablosungsschuld, Anleihe der Stadt Hamburg u. a., durch Falschstempel von Blumenstein und Genossen „aufgewertet“ worden sind.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Verschiedene Finanzleute, die von der bevorstehenden Aufwertung deutscher Wertpapiere (Gesetz vom 16. Juli 1926) Kenntnis erhalten hatten, wußten „trotz schärfster Ueberwachung“ erhebliche Mengen der Wertpapiere zu ganz niedrigen Preisen an sich zu bringen. Als nun das Gesetz in Kraft getreten war, legten sie die Papiere der Reichsbank zur Einlösung zum aufgewerteten Wert vor. Die Nachweise des Altbesitzes waren von ihnen gefälscht worden. Die deutschen Behörden hatten aber von den Betrügereien Kenntnis erhalten und es wurden einige starke Pakete, die zu betrügerischem Umtausch bestimmt waren, entdeckt. Allerdings haben die deutschen Behörden damals keine Klage angestrengt. — Warum nicht?

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich der Beilage „Haus, Garten- und Landwirtschaft“

Letzte Nachrichten

Ein Flaggengesetz in Preußen

Berlin, 7. Dez. Wie die Morgenblätter melden, wird innerhalb der Parteien der preußischen Regierungskoalition erwogen, die Frage der Beflaggung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze durch ein Initiativgesetz endgültig zu regeln. In dem neuen Gesetz soll bestimmt werden, daß die Beflaggung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze eine Angelegenheit der Landeshoheit ist, und somit nicht von den Organen der Selbstverwaltung sondern von der allgemeinen Landesverwaltung geregelt wird. Die Beflaggung von Gebäuden, die eine Einrichtung öffentlichen Charakters sind, z. B. die Handelskammer, Landwirtschaftskammern, soll das Staatsministerium bestimmen.

Die Begegnung Briand-Russolini

Paris, 7. Dez. Wie der Genfer Korrespondent des „Juratageant“ meldet, werden sich Briand und Mussolini bereits in allernächster Zeit an der italienischen Grenze begegnen.

Weltmeister Pelzer in New York

New York, 7. Dez. Weltmeister Otto Pelzer ist am Dienstag in New York eingetroffen, wo ihm ein feierlicher Empfang zuteil wurde.

Spiel und Sport

S. V. N. 1 — Germania Union Brötzingen 7:1

Die 1. Mannschaft des S. V. N. hatte am vergangenen Sonntag ein weiteres Verbandsspiel in Brötzingen ausgetragen und zwar wohl gegen den stärksten Gegner, Germania Union Brötzingen. Brötzingen konnte dank seiner reiferen Spielweise das Spiel durchweg überlegen gestalten und ohne allzu große Anstrengung mit 7:1 gewinnen; Halbzeit 4:0. Das Ehrentor für Nagold schoß der Linksaußen, nachdem die Verteidigung Brötzingens zu weit aufgerückt war.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 6. Dez. 4.1975 G., 4.1875 B., 6 v. H. Dt. Reichsanleihe 1927 86.75, 6 1/2 v. H. Dt. Reichsschatzbankw. 92, Abl. Rente 1 52.62, Abl. Rente ohne Ausfl. 12.75, Franz. Franken 124.02 zu 1 Pf. St., 25.40 zu 1 Dollar.

Neuenbürg, 6. Dez. Autoverkehr. In der gestrigen Mitgliederversammlung der Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg — Herrenalb — Wilbberg wurde einstimmig beschlossen, den Vertragsentwurf gutzuheißen, wonach ab 1. Januar 1928 der Kraftwagenbetrieb auf sämtlichen bisherigen Linien der Kraftwagen-Gesellschaft von der Deutschen Reichspost ausgeführt wird. Als Kaufpreis wurde die Summe von 170 000 M. vereinbart. Entsprechend diesem Beschluß löst sich die Gesellschaft ab 1. Januar 1928 auf.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 6. Dez. Dem Markt waren zugeführt: 26 Ochsen, 25 Bullen, 200 Junobullen, 198 Jungriinder, 117 Kühe, 893 Kälber, 1826 Schweine, 2 Schafe und 1 Riege. Davon blieben unverkauft: 15 Jungbullen. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

Table with market prices for various goods like Ochsen, Bullen, Jungriinder, Schweine, etc. Columns include item names and prices.

Schweinepreise. Balingen: Milchschweine 14—24. — Ellwangen: Milchschweine 15—20, Käufer 35—40. — Glaten W. Freudenstadt: Käufer 20—32. — Herberlingen: Ferkel 17—25. — Ravensburg: Ferkel 12—22, Käufer 25—40. — Saulgau: Ferkel 16—20, Käufer 50 M.

Fruchtpreise. Balingen: Haber 8.50—10. — Ellwangen: Roggen 13.50, Roggen 15, Gerste 12.80, Hafer 11. — Nagold: Weizen 13—14, Hafer 9.80—10.20. — Ravensburg: Weizen 10.50—10.70, Weizen 13—13.50, Roggen 12.50—13, Gerste 12.50—13.35, Haber 10.80—11.25. — Reutlingen: Weizen 14—15, Dinkel 10.60 bis 11, Roggen 12.80, Gerste 12.50—13.50, Haber 10—11.50. — Ulm: Weizen 12—13.50, Roggen 13, Gerste 11—12.90, Haber 10 bis 11 M. d. Ztr.

Stuttgart, 6. Dez. Kartoffelmarkt (Leonhardsplatz): Zufuhr 50 Ztr. Preis 5—5.50. — Fildertraumarkt (Leonhardsplatz): Zufuhr 50 Ztr. Preis 5—5.50. — Mostobstmarkt (Wilhelmsplatz): Zufuhr 40 Ztr. Preis 5.50 M. d. Ztr. Besitzwechsel. Das Gasthaus zum Waldhorn in Bebenhausen ging um den Preis von 41 000 Mark in den Besitz von Karl Schaal von Brondorf über.

Das Wetter

Der Einfluß des östlichen Hochdrucks herrscht vor. Für Donnerstag und Freitag ist vielfach aufheiterndes, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Beilagen-Hinweis.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Johs. Berner und Sohn, Nagold, betr. Raumann-Nähmaschinen bei, den wir der Beachtung unseres Leserkreises empfehlen. 2041

Advertisement for Wilhelm Frey - Nagold. Feinkost / Kolonialwaren / Tabakwaren. Neu eröffnet! Bahnhofstraße 12. Neu eröffnet!